

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt  
Tageblatt Riesa.  
Fennus Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Treasden 1530.  
Girokonto:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 204.

Dienstag, 2. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verlagsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Politik auf weite Sicht.

Die Schärfe des Wahlkampfes muß den Eindruck erwecken, als ob in den Parteien mit der Gedanke lebt, einen großen Erfolg zu erringen, weil alles andere aus diesem Erfolg resultiert. Der Eindruck ist jedoch falsch, denn die Parteiführer überlegen sehr wohl, wie sie später zusammenarbeiten sollen und disponieren sich für den Tag der Wahl. Auch Parteipolitik kann nicht für den Tag getrieben werden, auch Parteipolitik muß von kluger Taktik getragen sein. Wenn die Regierung sich mit großen Plänen trägt und dem neuen Reichstage einen Strauß von Gesetzesvorlagen überreichen will, so weiß sie ganz genau, daß ihre Arbeit vielleicht nutzlos sein könnte, da sie keine Mehrheit vorfindet. Sie darf aber nicht die Hände in den Schoß legen und auf die Gestaltung nach den Wahlen warten. Sie hat jedenfalls, wie man weiß, die Überzeugung, mit einer Mehrheit arbeiten zu können, die sich aus den jetzigen Regierungsparteien zusammensetzt, also aus den Konservativen, der Volkspartei, dem Zentrum, der Wirtschaftspartei, den Demokraten und einem Teile der Nationalsozialisten, der im Lande und in der Reichshauptstadt zu finden ist. Statt der Demokraten kommt die Staatspartei in Frage. Die Regierung braucht also nur zehn Stimmen zu gewinnen, um der Opposition von rechts (Nationalsozialisten und Deutschnationale) und der Opposition von links (Sozialdemokraten und Kommunisten) zu trotzen. Es ist also durchaus nicht leichtfertig, wenn sie mit diesem Gewinn rechnend, einen bleibenden Bestand erhofft und ihre Arbeiten dementsprechend einstellt. Sie hat auch alle Ursache, anzunehmen, daß die jetzigen Regierungsparteien zusammenhalten, daß die Staatspartei aber, als neue Erscheinung, die aktionsfähige Mehrheit nimmt, wo sie sie findet, und lieber die mittelparteiliche Koalition unterläßt, als die Bindung nach links.

Wenn nun in letzter Zeit so viel die Rede von einer Rechtsorientierung war, sowohl aus der Deutschen Volkspartei, wie um den Reichspräsidenten herum, die Ansicht zu Tage trat, man könne, falls sich anders gegen die Sozialdemokraten nicht regieren lasse, selbst mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten eine Koalition bilden, so ist das verständlich: Das ist Politik auf weite Sicht, das ist der rechtsseitige Versuch, das Terrain zu sondieren, um festzustellen, ob sich, sobald die notwendige Mittelmeerheit sich nicht findet, dennoch ein Block gegen links herausbilden kann. Nun sind bekanntlich die Ansichten darüber, ob die Mittelparteien mit den Nationalsozialisten zusammengehen können, stark geteilt. Man weiß, daß in einem Teile der Deutschen Volkspartei starke Neigung dazu ist, im Gegensatz zu den Konservativen, die sich bei solchen Überlegungen links von der Volkspartei stellen. Doch in der Volkspartei selbst wird auf der anderen Seite jeder Vorkauf mit den Nationalsozialisten ebenso entschieden abgelehnt, wie er von einigen Führern erwünscht ist. Das Verhältnis muß sich klären. Wir hören jedoch, daß innerhalb der Regierung der Wille herrscht, alles zu versuchen, um einen starken Block gegen die Linke zu bilden. Bestimmt es nicht durch einen Wahlerfolg, so muß eine Erweiterung der Koalition helfen. Es wird nun behauptet, diese Anschauung gehe in der Hauptsache vom Reichspräsidenten aus, und es muß erwähnt werden, daß sich das Gerücht aufrecht erhält, die jetzige Wahl werde auch über die Stellung des Reichspräsidenten entscheiden. Hindenburg soll — wir geben lediglich ein freilich glaubhaftes Gerücht wider — die Absicht haben, dann von seinem Posten zurückzutreten, falls nur eine Regierung mit den Sozialdemokraten möglich erscheint. Das Gerücht hat in Berücksichtigung dessen, wie die Regierungsparteien agieren und wie die Debatte der Regierungsparteien geführt wird, viel für sich und darf in der Tat, daß immer nur die Möglichkeit einer Mittel- oder Rechtsregierung betont wird, eine Bestätigung suchen.

## Durchführung der DStB für 1930.

Da Berlin. Wie für den Westen wird mit Staatsmitteln des Reichs und Preußens auch für den Osten eine umfassende Hilfsaktion unternommen, die den durch die Grenzschließung geschädigten und durch die Grenzlage besonders Notleidenden ausgelegten preussischen Gebieten eine alsbald fühlbare Entlastung bringen soll. Jedoch kann sich die Hilfsaktion erstrecken auf die Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen und Oberschlesien, die an der Ostgrenze gelegenen Teile der Provinz Niederschlesien sowie der Regierungsbezirk Köslin und Frankfurt a. O. Ferner wird Preußen auch noch weitere Teile der Provinz Niederschlesien und die Grenzstrasse des Regierungsbezirks Schleswig bedenken. Für Wege- und Brückenbauten werden etwa 4,2 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Kleinbahnbauten und Verbesserungen bestehender Kleinbahnen sollen mit etwa 1,3 Millionen RM. unterstützt werden. Für Kanalisationen und Wasserleitungen ist rund 1 Million RM. vorgesehen. Für Krankenhäuserbauten und Umbauten, für Errichtung von Säuglingsheimen, Altersheimen, Kinderheimen und Wohlfahrtsheimen werden etwa 2 Millionen RM. aufgewendet. Auf Schulbauten entfallen rund 900.000 RM. Außerdem sollen durch Vergabe von insgesamt 800.000 RM. noch Verkehrsunternehmungen, Bäderanlagen und sonstige kulturelle Zwecke gefördert werden. Mit den geplanten Arbeiten soll sofort begonnen werden, da die

## Blutige Unruhen in Budapest.

Budapest, 1. September. Die Demonstranten stürzten in der Nähe des Milleniums-Denkmal, dem Hauptherd der Unruhen, ein Automobil um und steckten es in Brand. Die Polizei ging mit der blanken Waffe vor, wurde aber mit Steinen und Eisenstücken beworfen. Rumore wurden Panzerwagen mit Maschinengewehren entsandt, die auf der Straße aufgestellt wurden. Die Demonstranten warfen mit Steinen und Metallstücken zahlreiche Fenster ein und verwundeten viele Passanten. Allein in einem in der Nähe befindlichen Sanatorium wurden 200 Leute mit Rotverwundungen versehen. Da die Wagen der freiwilligen Reiter nicht genügend waren, wurden auch Privatautomobile in Anspruch genommen, auf welchen die Rot-Kreuz-Flagge gehißt wurde.

Bei der Käumung des im angrenzenden Stadtwaldchen von Demonstranten angegriffenen und zerstörten Kaffeehauses mußte die zur Hilfe herbeigeeilte Gendarmerie auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. Auf Seiten der Demonstranten wie der Polizei sind hier zahlreiche Verwundete zu verzeichnen. Ein Automobil der freiwilligen Reiter wurde im Stadtwaldchen umgekehrt, ebenso zwei Autobusse und zwei elektrische Straßenbahnwagen, wobei mehrere Personen Verletzungen erlitten. Auch einige Fahrgäste wurden verletzt. Bei dem Vorgehen gegen die Menge fielen auch einige Schüsse. Die von der Polizei abgedrängten Demonstranten zogen durch die Nebengassen nach dem Großen Ring, wobei sie Fenster einschlugen und einige Käden plünderten. Die Demonstrantengruppen, die in den Nebengassen der Andrássy-Straße die Geschäfte zu plündern versuchten, wurden von Polizei und Gendarmerie zerstreut. Eine andere Gruppe zog durch die Könyvesgasse und versuchte zu plündern. Auch gegen diese Gruppe wurde vorgegangen, wobei zwei Polizisten schwer verwundet wurden. Die Zahl der erbeuteten Verletzungen wird auf etwa 50 geschätzt. Den Demonstranten ist auch ein Menschenleben zum Opfer gefallen. Der demokratische Stadirepräsident Dr. Klar wollte in der Nähe des Stadtwaldchens die Menge von seinem Automobil aus beruhigen. Die Demonstranten stürzten das Automobil jedoch um und steckten es in Brand. Klar wurde durch einen Stoß auf den Kopf so schwer verletzt, daß er in ein Sanatorium gebracht werden mußte.

Um 1/2 Uhr waren die Demonstranten aus dem Stadtwaldchen und kurz darauf auch aus der Andrássy-Straße vertrieben, so daß an diesen Stellen das Straßenbild und der Verkehr wieder normal war. Die in die Nebengassen flüchtenden kleineren Gruppen wurden mit Panzerautomobilen verfolgt. Diese Gruppen wurden ohne Waffengebrauch aufgelöst. In der Dobogó-Straße wurde eine berittene Polizeipatrouille aus einem Hause beschossen, ohne daß irgend jemand verletzt wurde. In einzelnen Nebengassen wurden kleinere Zusammenrottungen, die teilweise Plünderungen verurhten, aufgelöst.

Nachmittags um 1/3 Uhr herrschte auf dem großen Verkehrsknoten, auf dem Großen Ring, der Andrássy-Straße und der Könyvesgasse wieder Ruhe und Ordnung. Nur in einigen Nebengassen des Großen Ringes wurde die Säuberungsaktion noch fortgesetzt.

Um drei Uhr nachmittags hatten nach den bei der Oberhauptmannschaft eingelangten Berichten die Demonstrationen in der Hauptstadt überall aufgehört.

## Amtlicher Polizeibericht über die Budapest Unruhen.

Budapest. Nach dem amtlichen Communiqué, das von der Polizei über die geglückten Demonstrationen mit nachts veröffentlicht wurde, wird die Zahl der Demonstranten auf 15.000 bis 20.000 geschätzt. Im Laufe der Zusammenkünfte ist der Arbeiter László und Leó gekommen. Von den Verletzten wurden 82 Personen von der Rettungsgesellschaft Hilfe geleistet. Zwei Polizisten wurden schwer und sieben leicht verletzt. Insgesamt wurden 191 Personen festgenommen. Nachmittags um 3 Uhr war die Ordnung wieder hergestellt.

Budapest. Um 11 Uhr nachts wurden die Polizeibereitschaften teilweise eingesetzt. In den Stadtteilen, die als Herd der Unruhen gelten, nimmt die Polizei Durchstreifungen vor, doch ist es bis Mitternacht zu keiner Eingreifen der Polizei gekommen.

## Nachklang zu den Budapest Demonstrationen.

Budapest. (Funknachricht.) Die Polizei hat davon Kenntnis erhalten, daß die Kommunisten die Abhaltung eines roten Tages am Sonnabend, den 6. September, angekündigt und die Arbeiter zur Demonstration durch die Straßen der Stadt aufgefordert haben. Infolgedessen hat die Polizei schon für Freitag nachmittags erhöhte Alarmsbereitschaft angeordnet. Die Eingemeindeten werden aufgefordert, sich am Sonnabend jeder Gruppenbildung, Ansammlung, sowie jeder Art von Umzügen fern zu halten. Anzwischen werden die Vorbereitungen zum Zeichenbanden des geliebten Todesopfers getroffen. Da es nicht unwahrscheinlich ist, daß es bei der Befestigung zu Unruhen kommt, hat die Polizei entsprechende Vorkehrungen getroffen.

## Zusammenstoß in der ungarischen Stadt Békéscsaba.

Budapest. Während in Budapest nunmehr völlige Ruhe herrscht, kam es in der Stadt Békéscsaba am Nachmittags zu mehreren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Eine große Menschenmenge verlangte stürmisch die Freilassung eines am Vormittag verhafteten Genossen, wurde aber von der Polizei mit der blanken Waffe auseinandergetrieben. Dabei wurden drei Arbeiter verletzt. Später wurden die Straßen der Stadt von einer Nachkommeneinheit völlig gesäubert, so daß die Ruhe auch dort wieder hergestellt ist.

## Die zugelassenen Reichswahlvorschläge.

Berlin, 1. September. Der Reichswahlvorschlag hat in seiner heutigen Sitzung die Reichswahlvorschläge von 24 Parteien unter folgenden Nummern zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
2. Deutschnationale Volkspartei.
3. Deutsche Zentrumspartei.
4. Kommunistische Partei Deutschlands.
5. Deutsche Volkspartei.
6. Deutsche Staatspartei (Deutsche Demokratische Partei, Volkssynationale Reichsvereinigungen u. verwandte Gruppen).
7. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).
8. Bayerische Volkspartei.
9. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung).
10. Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei).
11. Volkrecht-Partei (Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung) und Christlich-Soziale Reichspartei.
12. Deutsche Bauernpartei.
13. Landbund.
14. Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangel. Bewegung).
15. Freibund des Handwerks, Kleinhandels und Gewerbes (Reichsbund des deutschen Mittelstandes).
16. Nationale Kinderheilen Deutschlands.

Bereitgestellten Mittel schon in den nächsten Tagen angefordert werden dürfen. Vor allem sollen diejenigen Arbeiten mit besonderer Beschleunigung in Angriff genommen werden, bei denen eine größere Zahl Erwerbstätiger beschäftigt werden kann. Auch das im Grenzgebiete heimische Handwerk und die Industrie der Grenzprovinzen werden durch die Hilfsaktion alsbald Aufträge und Verdienstmöglichkeiten erhalten.

20. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft.
21. Partei gegen den Alkohol.
22. Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenpartei der deutschen Mannschaft einschließlich der Abgesandenen.
23. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
24. Bau- und Grundbesitzer.
25. Arbeiter-Partei für das arbeitende und schaffende Volk.
26. Ritter und Volkreichspartei.
27. Handel, Handwerk, Hausbesitz.

Die Nummer 14 war für den Reichswahlvorschlag der Deutsch-Hannoverschen Partei, die Nr. 15 für das Sächsisches Landvolk, die Nr. 16 für die konservative Volkspartei vorgesehen. Diese Nummern sind bei der Benummerung der Reichswahlvorschläge ausgefallen, weil das Sächsische Landvolk keinen eigenen Reichswahlvorschlag eingereicht hat, und die Deutsch-Hannoversche Partei mit der konservativen Volkspartei ihre Reststimmen auf den Reichswahlvorschlag Nr. 10 verrechnen lassen.

Sechs Reichswahlvorschläge wurden zurückgewiesen, nämlich die Vorschläge folgender Gruppen:  
a) Radikale Deutsche Staatspartei.  
b) Kleinrentner, Handwerker, Mittelbesitzer.  
c) Recht werde Recht.  
d) Zurückgebrängter Mittelstand und Invaliden.  
e) Menschheitspartei.  
f) Volksbund deutscher Arbeit.

## Start zum Gordon Bennett-Rennen der Luft.

New York. Um 23.04 Uhr MES. fand in Coney Island in Anwesenheit von 200.000 Zuschauern der Start zum Gordon Bennett-Rennen der Luft statt. Den am Wettbewerb beteiligten deutschen Ballon „Barman“ führen die bekannten Ballonführer Raulen und Goeye.